



HESSISCHER LANDTAG

29.11.2012

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2013/2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014) in der
Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des
Haushaltsausschusses

Drucksache 18/6515 zu Drucksache 18/5926

Inhalt des Antrags: Schulsozialarbeit ausbauen

Einzelplan 04 Hessisches Kultusministerium

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 02 Fördermittel
Buchungskreis: 2395

Förderproduktnummer Förderung sonstige Zwecke
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan 8

Veränderung
von um auf

Leistungsplan 2013:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	858,1	+2.100,0	2.958,1
Eigene Erlöse	0,0	0,0	0,0
Produktabgeltung	858,1	+2.100,0	2.958,1

Leistungsplan 2014:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	871,1	+7.100,0	7.971,1
Eigene Erlöse	0,0	0,0	0,0
Produktabgeltung	871,1	+7.100,0	7.971,1

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Bei 2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage wird unter d) neu hinzugefügt.

- neue Vereinbarung zwischen dem Land vertreten durch das Hessische Kultusministerium und Trägern der Schulsozialarbeit

Bei 8. wird hinzugefügt:

Zu d) Auf die Förderung der Schulsozialarbeit entfallen im Jahr 2013 2,5 Mio. EUR, davon 400.000 EUR für die unter 2.d) genannten bestehenden Projekte und 2,1 Mio. EUR für neue Projekte. Im Jahr 2014 entfallen hierauf 7,5 Mio. EUR, davon 400.000 EUR für die unter 2.d) genannten bestehenden Projekte und 7,1 Mio. EUR für neue Projekte.

Voraussetzung für die Auszahlung der Mittel bei neuen Projekten ist die komplementäre Bereitstellung von Mitteln durch die Träger der Schulsozialarbeit.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Schulsozialarbeit soll gestärkt werden. Grundlage für die Finanzierung ist ein Konzept der Drittfinanzierung zwischen Land, Träger der Schulsozialarbeit und der Sitzkommune. Hierzu soll eine Vereinbarung mit den kommunalen Partnern abgeschlossen werden.

Wiesbaden, 29.11.2012

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende
Thorsten Schäfer-Gümbel